

An den Bürgermeister
der Stadt Lünen
Herrn Jürgen Kleine-Frauns
Willy-Brandt-Platz 1
44532 Lünen

Ansprechpartner:
Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel
Fraktionsvorsitzender

Kontakt:
Tel. 02306/ 30 174 77
E-Mail fraktion@gfl-luenen.de

Lünen, 5. November 2018

Antrag für die nächste Ratssitzung am 13. Dezember 2018 Resolution zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge laut KAG-Umlage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

aufgrund der Vorgabe eines entsprechenden Landesgesetzes werden seit vielen Jahren in unserer Stadt Straßenbaubeiträge erhoben, die in der Bevölkerung aus nachvollziehbaren Gründen immer wieder zu Grundsatzdiskussionen der Schaffung von gleichen Lebensbedingungen in Deutschland führen. Denn in vielen Bundesländern werden diese Straßenbaubeiträge gar nicht erhoben.

Vor diesem Hintergrund schlägt die GFL-Ratsfraktion vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Lünen stimmt folgender Resolution und Grundsatzpositionierung zu den Straßenbaubeiträgen laut Kommunalabgabengesetz für das Land NRW (KAG) zu:

„Der Rat der Stadt Lünen begrüßt und unterstützt die Initiative des Deutschen Steuerzahlerbundes zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge nach KAG, weil diese ungerecht sind, zu erheblichen und schlecht planbaren Zahlungsverpflichtungen führen und bei privaten Nutzern von Eigentum einen Eingriff in die private Altersvorsorge darstellen. Ebenso wird durch diese Beiträge, die in vielen Bundesländern nicht erhoben werden, das Vorliegen ungleicher Lebensbedingungen in Deutschland noch weiter verschärft. Diesem Trend ist endlich entgegenzuwirken.“

2. Der Rat der Stadt Lünen beauftragt den Bürgermeister und Stadtkämmerer, sich an geeigneten Stellen (wie dem „Bündnis für die Würde unserer Städte“, der Kommission der Bundesregierung „Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen“, kommunalen Verbänden, der Landes- und Bundesregierung sowie dem Innenministerium des Landes NRW) dafür einzusetzen, dass das Land NRW die rechtlichen Vorgaben zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach KAG zurücknimmt und ihre Kommunen durch geeignete finanzielle Maßnahmen in die Lage versetzt, Aufwendungen für erforderliche Straßenerneuerungen aus eigenen Mitteln und/oder Finanzmitteln des Landes/Bundes finanzieren zu können.

Begründung

Das aktuelle System der Straßenausbaubeiträge in Deutschland ist ungerecht. Bundesländer wie Berlin, Bayern und Baden-Württemberg haben die Umlage auf Anlieger deshalb abgeschafft, andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen halten daran fest. Damit sind die Hauseigentümer in NRW schlechter gestellt als anderswo. Das widerspricht der grundgesetzlichen Zielsetzung, wonach deutschlandweit gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen sind.

Auf Hauseigentümer in NRW und damit auch in Lünen kommen durch Straßenausbaubeiträge teils erhebliche Zahlungsverpflichtungen zu. Diese sind für die Betroffenen obendrein noch schwer planbar. Dabei werden Haus- und Grundbesitzer seit geraumer Zeit durch stetig steigende Steuern zunehmend belastet, obwohl die selbstgenutzte Immobilie für viele Menschen ein fester Bestandteil ihrer privaten Altersvorsorge darstellt.

Hinzu kommt, dass die Kommunen je nach sozialpolitischer Ausrichtung und/oder finanzieller Schiefelage höchst unterschiedliche Kostenbeteiligungen der Eigentümer erheben. Der Bund der Steuerzahler NRW, der sich für die Abschaffung einsetzt, stellte kürzlich u. a. für den Kreis Unna eine Bandbreite zwischen 50 und 80 Prozent Kostenbeteiligung fest.

Diese widersprüchlichen sowie willkürlichen Kostenbeteiligungen empfinden auch Bürger als ungerecht. So weist der Bund der Steuerzahler NRW auf eine repräsentative Meinungsbefragung hin. Danach sprachen sich zwei Drittel der Befragten dafür aus, Straßenbaubeiträge entweder bundesweit einheitlich oder gar nicht zu erheben (vgl. <https://www.welt.de/regionales/nrw/article181300960/Steuerzahlerbund-will-Abschaffung-der-Strassenausbaubeitraege.html?wtrid=onsite.onsitesearch>). Neben dem Bund der deutschen Steuerzahler (BdSt) NRW, der im Oktober sogar eine Volkinitiative startete, positionieren sich auch zahlreiche andere Verbände und Vereine aus guten Gründen für eine Abschaffung der Straßenbaubeiträge (vgl. hierzu <https://www.steuerzahler-nrw.de/Volksinitiative-Strassenbaubeitrag-abschaffen/97882c110128i1p65/index.html> und <https://www.wohneigentum.nrw/presse/Strassenausbaubeitraege-sind-zunehmend-existenzbedrohend.htm>).

Auch die GFL-Ratsfraktion spricht sich aus den genannten Gründen mit Nachdruck dafür aus, das jetzige System der Straßenbaubeiträge abzuschaffen. Die fehlenden Einnahmen sollte das Land übernehmen und/oder die Kommunen entsprechend finanziell ausstatten. Für dieses Anliegen sollten sich der Bürgermeister und der Kämmerer unserer Stadt an geeigneten Stellen wie dem „Bündnis für die Würde unserer Städte“, der Kommission der Bundesregierung „Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen“ sowie in kommunalen Verbänden und gegenüber der Landesregierung NRW stark machen.

Über eine Unterstützung unserer Anträge würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel